



Presseschau vom 14.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

wpered.su: Deutsche und Donezker Kommunisten halfen einem krebserkrankten Kind. Die Vertreterin der KP der DVR und der Donezker Abteilung der gesellschaftlichen Organisationen „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja traf sich mit der Mutter eines Kindes, das an akuter lymphoblastischer Leukämie leidet. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Während des Treffens wurden teure Medikamente übergeben, die es ermöglichen, den Organismus des zweijährigen Kirill Gogolenko, der gerade eine Chemotherapie durchläuft, zu schützen. Dies wurde dank der Mittel möglich, die von Vertretern der Deutschen Kommunistischen Partei im Rahmen der internationalen Aktionen „Menschen der Welt für die Kinder des Donbass“ gesammelt wurden.

Schon seit einem Monat durchsteht der Junge gemeinsam mit seiner Mutter Marina Gogolenko heldenhaft die Behandlung in der Abteilung für Onkohämatologie für Kinder des W.K. Gusak-Instituts für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie. Hier muss er noch neun Monate bleiben. Die Familie Gogolenko hat drei Söhne, von denen der älteste an kindlicher Zerebralparese leidet. Solange die Mutter bei dem jüngsten Familienmitglied bleibt, muss der Vater sich um die älteren kümmern und deshalb gelingt es ihm nicht, seine Familie finanziell zu versorgen. Die kinderreiche Familie dankte den deutschen Kommunisten für die lebenswichtige Unterstützung.

de.sputniknews.com: Wie oft wurde an Russlands Grenze spioniert? Verteidigungsamt gibt Zahlen bekannt.

Die Zeitung des russischen Verteidigungsministeriums „Krasnaja Swesda“ (deutsch: der Rote

Stern) hat Zahlen über die Aktivität ausländischer Spionage-Flugzeuge an den russischen Grenzen innerhalb einer Woche veröffentlicht.

Den Angaben des Blattes zufolge, das sich auf das Verteidigungsministerium beruft, haben in einer Woche 15 ausländische „Flugobjekte“ entlang der russischen Grenzen Aufklärungsflüge ausgeführt.

Fünfmal hätten russische Kampfbomber aufsteigen müssen, um die Unverletzbarkeit des russischen Luftraumes zu gewährleisten, so die Zeitung.

In keinem der Fälle sei eine Verletzung der russischen Luftgrenzen zugelassen worden.

Ausländische Spionageflugzeuge, vor allem der Nato und der USA, führen regelmäßig Aufklärungsflüge entlang der russischen Grenzen aus. Nicht selten müssen russische Abfangjets extrem nah an die Aufklärungsflugzeuge heran fliegen, um sie zur Umkehr zu bewegen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31929/22/319292249.jpg>

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 13. September 3:00 Uhr bis 14. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Golmowskij, Werchnetorezkoje (Nishneje), Trudowskije, Mineralnoje, Dokutschajewsk, Alexandrowka, Nowaja Tawrija, Sachanka, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 71.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgefeuertern Geschosse 271.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Zum Schulbeginn: Kinder in Deraa bekommen Hilfe von russischen Militärs.

Kinder in der Siedlung El-Gharia El-Gharbia der syrischen Provinz Deraa haben vom russischen Militär humanitäre Hilfe für das neue Schuljahr erhalten.

Die Provinz Deraa ist die größte landwirtschaftliche Region Syriens und erholt sich allmählich nach dem Krieg. Das russische Militär leistet humanitäre Hilfe für die Region sowie bei der Berichtigung des Status der Militanten, die in ein friedliches Leben zurückfinden wollen.

In der Provinzstadt El-Gharia El-Gharbia überreichten russische Soldaten den Kindern 500 Lebensmittelpakete sowie Schulrucksäcke und Kleidung.

Neben der Wiederherstellung der Infrastruktur mit Unterstützung russischer Militärs läuft der Versöhnungsprozess für die Kämpfer, damit sie in ein friedliches Leben zurückkehren können. Die Militanten geben Waffen sowie Munition ab und werden unter Garantie des russischen Versöhnungszentrums amnestiert.

In der Stadt El-Gharia El-Gharbia unterziehen sich zurzeit hunderte Menschen dieser Prüfung.

Dan-news.info: „Nach 19:00 Uhr entstand infolge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in **Kominternowo** im Nowoasowskij-Bezirk ein Brand eines privaten Wohnhauses. Der Brand ist gelöscht“, teilte die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit.

Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Kreml: Keine Gesetzesverstöße der Skripal-„Vergifter“ bekannt. Die im Fall Skripal von London verdächtigten russischen Bürger Alexander Petrow und Ruslan Boschirow haben nie gegen russische Gesetze verstoßen. Auch gibt es keine offiziellen Angaben über Gesetzesverletzungen im Ausland, teilte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, mit.

Am Donnerstag sprachen Alexander Petrow und Ruslan Boschirow gegenüber RT und Sputnik erstmals öffentlich darüber, mit welchem Ziel sie im März ins britische Salisbury gereist waren. Sie erklärten unter anderem, sie hätten Salisbury als Touristen besucht. Zudem hätten sie nichts von den Skripals gewusst und seien zurzeit in der Fitnessindustrie tätig. Laut Peskow ist es irrelevant, ob dieses Interview für Russland nützlich gewesen sei oder nicht.

„Die britische Seite hat zwei russische Bürger genannt und ihnen die Beteiligung an diesem Vorfall vorgeworfen. Die zwei russischen Bürger haben sich gemeldet, der Präsident (Wladimir Putin – Anm. d. Red.) hat eigentlich während des (Östlichen wirtschaftlichen) Forums gesagt, dass ihre Identität bestimmt worden sei, man habe gesehen, wer sie seien. Das hat es wirklich gegeben“, sagte Peskow vor der Presse.

Er betonte, die Gesetzeshüter hätten keine Maßnahmen bezüglich der beiden vermeintlichen Attentäter getroffen, weil es dafür keinen Anlass gegeben habe.

„Sie haben keine Gesetze auf dem Territorium der Russischen Föderation verletzt. Und wir haben auch keine offiziellen Informationen darüber, dass sie gegen irgendwelche Gesetze

irgendwo in der Welt verstoßen haben“.

Am 4. März waren im britischen Salisbury Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, und seine Tochter Julia vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden, und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Moskau dementiert das entschieden.

Am 5. September hatte die britische Staatsanwaltschaft gegen Alexander Petrow und Ruslan Boschirow Anklage zu vier Artikeln erhoben. Unter anderem geht es um den Giftanschlag auf die Skripals sowie auf den britischen Polizisten Nick Bailey. Großbritanniens Premierministerin Theresa May behauptet, die Verdächtigen seien Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes GRU.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32230/49/322304962.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 8. bis 14. September 2018:

In dieser Woche finden, entsprechend dem Plan für die Ausbildung der Einheiten der Volksmiliz für das Jahr 2018, ab dem 11. September auf den Truppenübungsplätzen unserer Republik **Kommandostabsübungen** statt. Zu den Übungen werden mehr als 4000 Personen und mehr als 300 Stück Militärtechnik herangezogen. Bei den Übungen werden von den militärischen Einheiten der Volksmiliz Fragen des Verteidigungskampfes unter Bedingungen aktiver Handlungen von Spezialoperationskräften des Gegners und der Durchführung von Gegenangriffen mit dem Ziel der Einnahme günstiger Linien bearbeitet. Außerdem ist eine der zu bearbeitenden Fragen die Verteidigung von Abschnitten an der Küste.

Die humanitäre Aktivität der Volksmiliz der DVR geht weiter. In der letzten Woche wurden gemeinsam mit karitativen und gesellschaftlichen Organisationen Lebensmittelpakete an bedürftige Familien und Familien gefallener Soldaten aus Makejewka, Tores, Jenakiewo geliefert. Außerdem wurden Lebensmittel an Einwohner der frontnahen Kominternowo ausgegeben.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **17-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Beschossen wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften**, auf die der Gegner mit Mörsern 10 Geschosse abgefeuert sowie mit Schützenpanzern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen hat.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 143 Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** durch die ukrainischen Kämpfer festgestellt. Auf die Gebiete von **23**

Ortschaften der Republik hat der Gegner 75 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert und sie mit Antipanzerlenkraketen, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In dem genannten Zeitraum wurde **ein ziviler Einwohner, geb. 1958, verletzt** und sieben Häuser in Dolomitnoje, Kominternowo, Oktjabrj, Sachanka beschädigt. Im Gebiet von Bajrak in Richtung Gorlowka wurde ein fahrender **Traktor** aus Richtung Nowoluganskoje **mit einer Rakete mit einem Antipanzerraketenkomplex beschossen**.

Zum Glück gab es keine Verluste, die Rakete flog vorbei, allem Anschein beherrschen die ukrainischen Soldaten die „Javelins“ noch nicht.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurde **der für den 14. September geplante Angriff der ukrainischen Truppen in Richtung Mariupol auf unbestimmte Zeit verschoben**.

Wir schließen nicht aus, dass Ursache dieser Verschiebung die rechtzeitige Aufdeckung der Pläne des Gegners durch uns und deren Veröffentlichung ist. Solche Handlungen unsererseits ziehen Druck von Seiten der Weltöffentlichkeit auf die militärisch-politische Führung der Ukraine nach sich, was diese zwang, Abstand davon zu nehmen oder die nächste Runde des Blutvergießens im Donbass wenigstens zu verschieben.

Mehr noch, uns ist es gelungen zu erreichen, dass Funktionsträger der ukrainischen Streitkräfte die Tatsache der Konzentration ihrer Gruppierungen am Asowschen Meer zugegeben haben. Allerdings wird dies ein weiteres Mal auf irgendwelche ausgedachten „Gefahren“ oder Maßnahmen geschoben.

Wenn dies zuerst die Übungen „Schtorm-2018“ waren, so werden jetzt als Gefahr die Seelandtruppen und Piraten des benachbarten Landes, die sie sich in jeder Ecke des Asowschen Meers einbilden, genannt. Unsere Einheiten sind weiter vollständig auf alle Handlungen des Gegners vorbereitet.

Wir sind zu jeder Entwicklung der Situation bereit! Die Versuche, unser Territorium vom Land, der Luft, dem Meer aus einzunehmen, werden für die Besatzer mit dem Tod enden! Ein weiterer Faktor, der eine Ursache für das Scheitern des ukrainischen Angriffs ist, ist die **Weigerung von 60% der Soldaten der 56. Panzergrenadierbrigade Kampfaufträge und Befehle des unmittelbaren Kommandos auszuführen**, weil die Zahlungen von Zuschlägen wegen Teilnahme an der OOS verzögert und dann ganz eingestellt wurden.

Dabei ist das Kommando der OOS nach unseren Informationen in den „Schlag“brigaden, der 36. und der 128., auf einen für diesen Krieg präzedenzlosen Schritt übergegangen, sie hat zusätzliche Geldprämien an das Personal dieser Brigaden gezahlt. Wahrscheinlich hängt damit auch die Verzögerung und die folgende Einstellung der Zahlungen an die 56.

Panzergrenadierbrigade zusammen.

Das Ausmaß der Zahlungen schwankt zwischen 20.000 für das einfache Personal bis zu 35.000 für Offiziere. Die Auszahlungen erfolgen in bar. Um eine Überweisung der erhaltenen Mittel an Verwandte in der Ukraine zu ermöglichen, waren in den Einheiten mobile Filialen der „Oschtschadbank“ in Betrieb.

Wir stellen weiter eine Konzentration von verbotenen Waffen in Verletzung der von den Minsker Vereinbarungen festgelegten Abständen fest.

Unter Deckung der Durchführung eines Wettbewerbs um den Rang der besten Artillerieeinheit vom 17. bis 22. September auf einem Übungsplatz in der Nähe von Ursuf werden 203mm-Artilleriegeschütze 2S7 „Pion“ aus der 4. Artillerieabteilung der 43. Artilleriebrigade nach Mariupol zusammengezogen. Ich erinnere daran, dass die Reichweite dieser Artilleriegeschütze 47 km beträgt. Die Stationierung dieser Waffen am Rand von Mariupol erlaubt es ihnen, Nowoasowsk zu beschießen.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern, diesen Fall einer weiteren Verletzung der Abzugslinien für schwere Waffen durch die ukrainische Seite festzuhalten sowie ihre Vorbereitung auf eine weitere Eskalation des Konflikts im Süden unserer Republik zu stoppen.

Vor einigen Tagen landete auf unseren Positionen im wahrsten Sinne des Wortes eine Drohne des Typs „Leleka-100“. Wir haben entdeckt, dass diese Drohne sich in den Beständen einer Kompanie von Drohnenkomplexen des 74. Aufklärungsbataillons befand, das der Oberleutnant Maxim Romanowitsch Sajtschenko kommandiert.

Derzeit wird eine detaillierte Analyse der erhaltenen Fotos und Videos, die von der Kamera der „Leleka“ während des Flugs über ukrainischen Territorium mit genauen Koordinaten aller wichtigen Objekte aufgenommen wurden, durchgeführt.

de.sputniknews.com: Vertrag über Offenen Himmel: Warum Washington noch eine Vertrauensbasis zerschlägt

Wsgljad

Die USA zertrümmern eine Friedensvereinbarung, die sie einst mit Russland getroffen haben. Ohne Erklärungen und ersichtliche Gründe verweigern US-Experten einem russischen Kontrolljet die technische Zulassung – und damit auch die vertraglich verankerten Rechte auf Überwachungsflüge. Wieder bricht Washington einen Vertrag.

Um Vertrauen zu signalisieren und zu stärken, haben Russland, die USA und einige andere Staaten 1992 den Vertrag über Offenen Himmel geschlossen, auch bekannt als Open Skies. Der Name ist Programm: Die Teilnehmerstaaten haben sich verpflichtet, fremde Kontrollflüge über eigenem Gebiet zuzulassen, um sich gegenseitig Klarheit in Rüstungsfragen zu verschaffen.

Eine zweifellos wichtige Vereinbarung: „Der Vertrag erfüllt auch eine Friedensmission. Er ist eine Hilfe für Diplomaten und Militärs, sich gegenseitig nicht durch das Zielvisier anzuschauen“, sagt der Militärexperte Wladimir Popow, ehemaliger Generalmajor der russischen Luftwaffe.

Gegen diesen friedensstützenden Vertrag verstoßen die USA wieder einmal: Ein Vertreter der US-Regierung hat sich ohne Angabe von Gründen geweigert, ein russisches Überwachungsflugzeug für Kontrollflüge über dem Gebiet der Teilnehmerstaaten zuzulassen. Und dies, obwohl die Maschine vom Typ Tu-214ON den vertraglichen Anforderungen ganz und gar entspricht.

Das Flugzeug sei von den Gesandten der Vertragsstaaten auf einem Flugplatz nahe Moskau inspiziert worden, erklärt Sergei Ryschkow, Chef des Nationalen Zentrums zur Begrenzung der nuklearen Gefahr (ein Gremium des russischen Verteidigungsministeriums). Bis auf den US-Gesandten hätten alle bestätigt, dass die Maschine gemäß dem Vertrag ausgerüstet sei, also zu Kontrollflügen zugelassen werden könne.

„Der Vorsitzende der US-Delegation hat sich geweigert, das Abschlussdokument zu unterzeichnen – ohne sich zu erklären oder etwaige Gründe anzugeben. Er hat sich lediglich auf Anweisungen aus Washington berufen. Damit sind die vertraglichen Forderungen verletzt worden. Russland fordert die USA auf, sich zu erklären“, betont Ryschkow.

Darum, ob das russische Flugzeug den vereinbarten Merkmalen entspricht, gehe es den USA offensichtlich nicht, sondern allein um politische Motive, sagte der Chef des Nationalen Zentrums zur Begrenzung der nuklearen Gefahr.

Die US-Führung könne sich damit nicht abfinden, dass das russische Flugzeug mit seinen digitalen Überwachungssystemen aus heimischer Fertigung die amerikanische Technik um fünf bis sieben Jahre überholt habe.

Die Tu-214ON wurde eigens für Kontrollflüge im Rahmen des OH-Vertrags entwickelt und der Weltöffentlichkeit auf der Moskauer Luftfahrtmesse MAKS 2011 vorgestellt. Das Flugzeug ist mit speziellen Geräten ausgerüstet, die auf seine Funktion zugeschnitten wurden: Bild-, TV- und Infrarotkameras sowie einem hochauflösenden Seitensicht radar. Der neue Jet sollte seine Vorgänger – die Tu-154 und An-30 – ablösen.

Das hat die US-Delegation nun verhindert. Möglicherweise spiele hier banaler Neid eine Rolle, sagt der Militärexperte Wladimir Popow. Die USA hätten einen Rufschaden befürchtet,

wenn die Russen ein hochmodernes Flugzeug bei Kontrollflügen hätten einsetzen können. Eine Gefahr für die USA ist die Hightech-Maschine jedenfalls nicht, ist der Experte sicher: „Die Ausrüstung des Flugzeugs ist international zertifiziert worden. Vergleichbare Technik ist auch in den Flugzeugen anderer Vertragsstaaten eingebaut, beispielsweise in den Boeings der USA“, sagt Popow. „Im Vertrag ist ja auch alles streng geregelt: Fotokameras, Aufklärungs- und Radarsysteme, Frequenzen. Sollten etwa verdächtige oder gar verbotene Anlagen an Bord sein, können sie auch abgebaut werden“, erläutert der Fachmann.

Außerdem: „Bei jedem Kontrollflug sind auch internationale Beobachter mit an Bord. Amerikanische Systemoperatoren sitzen dann neben ihren russischen Kollegen im Cockpit und dem Kontrollraum“, erklärt Popow.

Einen objektiven Grund, die Zertifizierung zu verweigern, habe die US-Delegation deshalb nicht.

„Jede Zulassungsverweigerung muss begründet werden, was die Amerikaner bislang unterlassen haben. Das ist eine Vertragsverletzung“, sagt Wladimir Popow. „Damit setzen die Amerikaner den Vertrag zeitweilig außer Kraft.“

Deutlichere Worte für das Verhalten der US-Gesandten findet die Militärexperte Konstantin Siwkow, Vize-Präsident der russischen Akademie für geopolitische Probleme: „Die Amerikaner sagen damit, dass sie den OH-Vertrag offensichtlich nicht erfüllen werden – mit allen daraus resultierenden Konsequenzen. Damit wird die beidseitige Rüstungskontrolle eingestellt, was für die USA gegenwärtig sehr von Vorteil ist.“

Offenbar rechnen die Vereinigten Staaten damit, das russische Militär mittels Satelliten ausspionieren zu können. „Diese Möglichkeit hat Russland auch, aber nicht in dem Maße wie die USA. Das russische weltraumgestützte Aufklärungssystem ist deutlich schwächer als das amerikanische, einfach weil der russische Satellitenverband kleiner ist“, erklärt der Experte Siwkow.

Die aktuelle Auseinandersetzung ist indes nicht der erste Konflikt zwischen den USA und Russland wegen des OH-Vertrags. Im Dezember letzten Jahres sperrten die US-Amerikaner ihren Luftraum für russische Kontrollflüge über Alaska und Hawaii, weil sie vorher wegen einer vertraglichen Einschränkung den Luftraum über Kaliningrad hatten nicht inspizieren können.

Als Reaktion darauf hat Russland Einschränkungen für die USA in den Vertrag aufgenommen. Überdies stellt der amerikanische Rüstungshaushalt für das kommende Jahr ein Hindernis für die reibungslose Erfüllung des geltenden Vertrags dar.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32231/30/322313097.jpg>

Dnr-online.ru: Im Volkssowjet wurde eine Reihe personeller Entscheidungen getroffen, ein

neuer Generalstaatsanwalt, ein neuer Vorsitzender der Zentralen Republikanischen Bank und ein neuer Leiter des Apparats des Volkssowjets der DVR benannt.

Heute wurden gemäß der Tagesordnung der Plenarsitzung des Volkssowjets der DVR die Entschlüsse „Über die Ernennung von Andrej Alexandrowitsch Spiwak auf das Amt des Generalstaatsanwalts der DVR“, „Über die vorzeitige Ablösung des Vorsitzenden der Zentralen Republikanischen Bank der DVR“ und „Über die Ernennung eines Vorsitzenden der Zentralen Republikanischen Bank der DVR“ beschlossen.

Außerdem haben die Abgeordneten die Entschlüsselung „Über die Zustimmung zur Entlassung von Olga Walerownja Posdnjakowa aus der Funktion einer Leiterin des Apparats des Volkssowjets der DVR“ angenommen.

de.sputniknews.com: Poroschenko glaubt nicht an Staatsbankrott der Ukraine im Jahr 2019. Trotz Schulden droht der Ukraine kein neuer Staatsbankrott im kommenden Jahr. Das erklärte am Freitag der ukrainische Präsident Petro Poroschenko.

Poroschenko hat daran erinnert, dass die Staatsverschuldung der Ukraine von 2007 bis 2010 um 26 Milliarden US-Dollar und von 2010 bis 2014 um rund 20 Milliarden US-Dollar zugenommen habe. Wenn es nicht dazu gekommen wäre, könnte Kiew auf ausländische Kreditaufnahme sogar verzichten.

„Ich möchte betonen: Damals, als man für 2014-2015 eine Staatspleite prognostizierte und unsere Gold- und Devisenreserven knapp fünf Milliarden betrug, passierte nichts. Auch heute wird es nicht zu einer Destabilisierung kommen“, sagte Poroschenko auf der jährlichen Konferenz der Europäischen Strategie von Jalta (YES) am Freitag.

Im Mai hatte der ukrainische Ministerpräsident, Wladimir Groisman, erklärt, in den nächsten vier Jahren werde Kiew 27 Milliarden Dollar Schulden begleichen.

In den Jahren 2016 und 2017 hatte die Ukraine vom Internationalen Währungsfonds zwei Tranchen von jeweils einer Milliarde Dollar erhalten. Kiew rechnete mit dem Erhalt einer neuen Tranche bis Ende des vorigen Jahres. Jedoch ist dies bis heute noch nicht geschehen. Unter den Schlüsselforderungen des Internationalen Währungsfonds an die Ukraine für die Gewährleistung einer erneuten Kredittranche war die Gründung eines Antikorruptionsgerichts.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32208/74/322087443.jpg>

de.sputniknews.com: Betreiben USA Biowaffen-Programm in Georgien? Russland analysiert Dokumente.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium wird es die zuvor aufgetauchten Dokumente zu einem möglichen Biowaffenprogramm der Vereinigten Staaten in Georgien genauestens

analysieren und die entsprechenden Ergebnisse der Analyse an die Öffentlichkeit bringen. Das russische Verteidigungsministerium habe die Dokumente, die ein mögliches amerikanisches Biowaffenprogramm im Kaukasusland Georgien belegen könnten, zur Kenntnis genommen und werde sie untersuchen.

Die entsprechenden Unterlagen sind zuvor vom ehemaligen georgischen Minister für Staatssicherheit Igor Giorgadse im Internet veröffentlicht worden.

„Derzeit werden alle auf der Webseite von Igor Giorgadse veröffentlichten Dokumente von Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums untersucht. Die Ergebnisse dieser Analyse werden der russischen und internationalen Öffentlichkeit präsentiert werden“, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung der Verteidigungsbehörde.

Bereits jetzt könne man allerdings sagen, dass die veröffentlichten Unterlagen Anzeichen von schweren Rechtsverletzungen seitens der amerikanischen Seite aufweisen würden.

„Die jetzt bekannten skandalträchtigen Tatsachen und Dokumente weisen Anzeichen von schweren Verletzungen des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über deren Vernichtung auf“, so die russische Seite.

Dabei sei dieses Übereinkommen im Jahr 1972 von den Vereinigten Staaten selbst ratifiziert worden.

Am 11. September waren auf einer Pressekonferenz des ehemaligen georgischen Ministers für Staatssicherheit, Igor Giorgadse, in Moskau neue Beweise für die gefährlichen Aktivitäten der Amerikaner in Biolaboren in Georgien vorgelegt worden.

Militärische und zivile Dienstleister hätten in Georgien geheime Experimente durchgeführt, darunter an Menschen, so Giorgadse.

Das würden die veröffentlichten vertraulichen Papiere belegen.

In ihnen sind die Ergebnisse der Experimente an 340 Menschen dargelegt, von denen 27 gestorben sind, bei denen Anomien, bakteriologische Infektionen, massive Schwächungen und andere Nebensymptome festgestellt wurden. Im Dezember 2015 starben 30 Menschen, die angeblich gegen Hepatitis C behandelt wurden, davon 24 an einem Tag.

Bei der Benennung der „Todesursache“ wurde stets „unbekannt“ angegeben. Giorgadse zufolge wurden Experimente an Menschen durchgeführt, die einer experimentellen Behandlung zugestimmt hatten, einigen von ihnen gegen Entgelt. Seit 2015 wurden in Georgien Medikamente zur Behandlung von Hepatitis C aktiv angewendet, doch im Biolabor Lugar Center wurden sie „ohne Berücksichtigung der Wünsche der Patienten“ und trotz Kontraindikationen als Rezept ausgestellt. Das Endziel dieser Experimente an den Menschen könnte die Entwicklung von Biowaffen sein. Journalisten zufolge arbeitet das Labor an Stämmen von Erzeugern von Pest, Schweinegrippe, Milzbrand.

Igor Giorgadse hatte im Zeitraum von 1993 bis 1995 das Ministerium für Staatssicherheit Georgiens geleitet. Er war entlassen worden, als eine Gruppe von Unbekannten das Attentat auf den damaligen Präsidenten Georgiens, Eduard Schewardnadse, verübt hatten. Daraufhin hatte Giorgadse das Land verlassen. Offiziell war er der Organisation des Attentats beschuldigt und zur internationalen Fahndung ausgeschrieben worden.

Giorgadse war gegen Michail Saakaschwili aufgetreten, der 2004 zum Präsidenten Georgiens gewählt worden war. Einige seiner Anhänger waren in Georgien wegen eines versuchten Staatsstreichs zu Haftstrafen verurteilt worden. 2016 hatte die Interpol Giorgadse aus der Fahndungsliste gestrichen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32231/54/322315402.jpg>

de.sputniknews.com: Kreml bestätigt Vorbereitungen für Putin-Erdogan-Treffen.
Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat Vorbereitungen für eine Zusammenkunft zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan bestätigt.

„Ja, ein Treffen ist möglich, derzeit laufen Vorbereitungen“, so Peskow.

Zuvor hatte der türkische Außenminister, Mevlut Cavusoglu, erklärt, dass die Staatschefs Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, am Montag zusammenkommen würden, um die Lage im syrischen Idlib zu besprechen. Eine Quelle in der türkischen Regierung verriet gegenüber Sputnik, dies würde in Sotschi vonstatten gehen.

„Wir sehen, dass sich die Situation in Idlib verschlechtert. Wir bemühen uns, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu stoppen, wir stehen in engem Kontakt mit Russland und dem Iran. In letzter Zeit führen wir auch mit anderen Partnern Gespräche. Wir werden diese Kontakte weiterhin pflegen. Am Montag wird sich unser Präsident, Recep Tayyip Erdogan, mit Präsident Wladimir Putin treffen“, so Cavusoglu während seines Besuchs in Pakistan.

Dan-news.info: „Nach der Herausgabe des Erlasses des kommissarischen Oberhaupts der DVR über die Ernennung eines neuen Ministerrats begannen Informationen über ungesetzliche Aktivitäten der ehemaligen Führung des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben der DVR einzugehen. Außerdem gehen solche Informationen auch regelmäßig bei Abgeordneten des Volkssowjets ein“, erklärte heute die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa bei der Begründung zur Einrichtung einer zeitweiligen Kommission des Volkssowjets zur Untersuchung von Fällen, bei denen natürlichen und juristischen Personen Schaden durch rechtswidrige Aktivitäten von Vertretern des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben entstanden sind.

In der Kommission sind 12 Abgeordnete von beiden Fraktionen des Parlaments, Donezkaja Respublika und Swobodnyj Donbass. Das Ziel ihrer Arbeit ist der Schutz der Interessen der DVR sowie der Interessen von Wirtschaftssubjekten. Die Aufgabe ist die Behandlung von Anzeigen über rechtswidrige Aktivitäten des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben und, falls solche gefunden werden, diese den Rechtsschutzorganen der Republik zur Verfügung zu stellen.

Diese Kommission wird mit der gestern eingerichteten zwischenbehördlichen Kommission zur Untersuchung der Tätigkeit der ehemaligen Führung des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben zusammenarbeiten.

de.sputniknews.com: USA wollen Gespräche zwischen Damaskus und Kurden vereiteln – Ex-YPG-Berater

Der Vorsitzende des Demokratischen Rates Syriens (SDC), einer Dachorganisation, zu der unter anderem die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) gehört, Rezzan Hiddo, hat in einem Interview mit Sputnik den USA vorgeworfen, hinter dem jüngsten Zusammenstoß zwischen der syrischen Armee und den kurdischen Kämpfern des SDC zu stecken.

Am 8. September war es in der Stadt Qamischli im Nordosten Syriens zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den syrischen Regierungstruppen und Kämpfern einer kurdischen Miliz gekommen, bei dem 13 syrische Soldaten und sieben kurdische Kämpfer getötet worden waren. Der Vorfall rief ein breites Echo innerhalb des Landes hervor.

Hiddo, der einst als Militärberater der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) tätig gewesen war, verwies darauf, dass die syrischen Regierungstruppen jahrelang Seite an Seite mit den kurdischen Volksverteidigungseinheiten in Aleppo und Afrin koexistieren würden. Anders sei es in der Region Dschesireh, wo ein US-Militärkontingent stationiert sei und die Lage regelmäßig eskaliert werde, sagte er.

„Der jüngste Zwischenfall in Qamischli lässt darüber nachdenken, dass die USA versuchen, Verhandlungen zwischen der syrischen Regierung und den Kurden zu vereiteln. Die USA treiben eine Politik, die gegenüber den auf dem syrischen Territorium lebenden Völkern feindlich ist“, so Hiddo.

Die Spannungen in Qamischli seien nicht im Interesse des kurdischen Volkes oder der syrischen Regierung, betonte er. „Auffallend ist die Tatsache, dass der Vorfall in Qamischli vor dem Hintergrund eines aktiven Verhandlungsprozesses zwischen Damaskus und den kurdischen Vertretern passiert ist“.

Dies zeuge davon, dass „bestimmte Kräfte“ den erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses verhindern wollten: „Die USA sind mit dem in Ordnung kommenden Dialog nicht zufrieden. Offiziell treten sie zwar nicht gegen diesen Prozess auf. In der Praxis versuchen sie jedoch, ihn auf jegliche Weise zu verhindern. Denn das Erreichen von Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien sowie eine Regelung in Syrien sind nicht im Interesse von Washington“, betonte Hiddo.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31923/41/319234142.jpg>

mil-lnr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 8. bis 14. September 2018: Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert. In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen

Streitkräfte festgestellt.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche viermal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als 20 Geschosse abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **Molodjoshnoje, Marjewka, Michajlowka** beschossen.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der Republik erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko. Die ukrainische Seite verstärkt unter Nutzung des „Schulwaffenstillstands“ weiter ihre militärische Präsenz in der Nähe der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Piliptschatino wurde die Stationierung von zwei Artilleriegeschützen 2S1 „Gwosdika“ bestätigt

Außerdem fehlen an den Lagerorten weiter ukrainische Technik und Waffen, die abgezogen sein müssten. Dies kommt in den täglichen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck. In dieser Woche wurden folgende Fehlbestände festgestellt:

- vier Mehrfachraketenwerfer „Smertsch“;
- zwei Haubitzen „Msta-B“;
- drei T-72-Panzer;
- sechs Haubitzen „Gwosdika“.

Nach uns vorliegenden Informationen wird die Mehrzahl dieser Waffen von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zum Beschuss des Territoriums unserer Republik verwendet und ist in den Wohngebieten der von den Strafruppen besetzten Ortschaften konzentriert. Diese Fakten bestätigen auch den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur friedlichen Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen. Wir bitten die Vertreter der OSZE, darauf ihre Aufmerksamkeit zu richten. ...

Wir haben mehrfach erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte Örtlichkeiten ungeordnet verminen, auch in der Nähe von Ortschaften.

So wurde nach unseren Informationen im Gebiet des von den ukrainischen Streitkräften besetzten Kondraschewskaja-Nowaja die Leiche eines Mannes mit Explosionsverletzungen gefunden. Wir schießen nicht aus, das der Zivilist zufällig auf ein Minenfeld geriet, das nicht markiert war. ...

de.sputniknews.com: Poroschenko offenbart, wofür Ukraine Geld vom Gastransit ausgibt.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Freitag offenbart, wofür die Ukraine das Geld vom Transit des russischen Erdgases ausgibt.

„Die Einnahmen, die wir von dem Gastransit bekommen, sind das Geld, das wir für Sicherheit und Verteidigung ausgeben, und deshalb will Russland in Nord Stream 2 investieren“, sagte Poroschenko in der Konferenz YES (Yalta European Strategy).

Er lud außerdem europäische Unternehmen ein, mit der Ukraine beim Gastransit zusammenzuarbeiten.

„Ich hoffe, dass wir in fünf bis sechs Jahren alles tun werden, um energetisch unabhängig zu werden“, so der ukrainische Staatschef.

Im Juni hatte Poroschenko via Twitter erklärt, dass Kiew in der EU an der Bildung einer Gruppe arbeite, die das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 stoppen soll.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen. Die Pipeline soll 2019 in Betrieb genommen werden. Gegen das Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehört unter anderem die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt. Die russische Seite hatte wiederholt erklärt, es handle sich um ein rein wirtschaftliches Projekt und bedeute keinen Stopp des

Gastransits durch die Ukraine.

Ukrinform.ua: Schuldenstreit mit Russland: Ukraine gewinnt Berufung in London.
Im Streit um die Rückzahlung von 3 Milliarden Dollar Kredit an Russland hat ein Gericht in London der Berufung der Ukraine stattgegeben.

Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitteilte, wurde das Verfahren an die erste Instanz zurückverwiesen.

2013 hatte Russland dem damaligen Regierung der Ukraine einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden Dollar gewährt. Die Ukraine bekam nur die erste Tranche in Höhe von 3 Milliarden Dollar.

2015 lehnte Russland den Vorschlag der Ukraine zur Restrukturierung dieser Schulden ab. 2017 erlaubte ein Gericht erster Instanz in London ein vereinfachtes Verfahren im Fall. Der politische Teil der ukrainischen Beweise über den russischen Druck während der Kreditvergabe liege nicht in der Kompetenz des Gerichts.

Die Ukrane legte gegen die Entscheidung Berufung ein.

de.sputniknews.com: **Lawrow in Berlin: Beziehungen zu Russland „noch immer Geisel der Ukrainekrise“**

Armin Siebert

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hält sich am Freitag zu Gesprächen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Berlin auf. Am Abend nimmt er an einer Festveranstaltung im Auswärtigen Amt teil. Zuvor hat der als Workaholic bekannte Top-Diplomat eine Rede zu Thema gemeinsamer Raum von Lissabon bis Wladiwostok gehalten. Erst hieß es nur, der russische Außenminister werde am 14. September aus Anlass der Abschlussveranstaltung des deutsch-russischen Jahres der kommunalen und regionalen Partnerschaften nach Berlin kommen. Dann wurde vom deutschen Auswärtigen Amt ein persönliches Gespräch der beiden Außenminister und eine anschließende Pressekonferenz angekündigt. Als sei dies noch nicht genug Programm für einen halben Arbeitstag, hat Sergej Lawrow nun auch noch einen Vortrag im Hotel Adlon gehalten.

Auf Einladung des Deutsch-Russischen Forums hielt Lawrow am Freitagmittag eine Rede zu den Perspektiven eines gemeinsamen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok.

Fast anderthalb Stunden nahm sich der russische Außenminister Zeit für seinen Vortrag und Fragen.

Fast alle Kommunikationskanäle tot

Nach den Eröffnungsworten von Matthias Platzeck, dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden und jetzigen Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums, kam der charismatische russische Außenminister im überfüllten Palais-Saal des Hotel Adlon am Brandenburger Tor gleich zur Sache und zeichnete ein eher pessimistisches Bild:

„Fast alle Kommunikationskanäle zwischen Russland und der EU und der Nato sind abgebrochen.“ Lawrow erklärte, dass mit der EU fast nur noch über Migrationsthemen oder über Energiefragen im Zusammenhang mit der Ukraine geredet werde. Lawrow forderte:

„Wir brauchen einen normalen Dialog ohne Forderungen, dass Russland zuerst seine Sünden bekennen soll.“

Er verwies auf eine Rede von Präsident Putin im November 2010 ebenfalls im Adlon, in der er sich „sicher zeigte, dass die Annäherung zwischen Russland und Europa unausweichlich sei, wenn wir uns als Zivilisation erhalten wollen.“

„Häufig sehen wir uns mit Versuchen konfrontiert, uns zu belehren, wie wir unser eigenes Haus einzurichten haben, als würde man nicht verstehen, dass ein Mentor-Ton in einem Dialog, umso mehr, wenn es um Russland geht, sinnlos und kontraproduktiv ist.“

Lawrow sprach von dem vergangenen Jahrzehnt als einer „Zeit verpasster Möglichkeiten.“ Als Beispiele führte Lawrow an, dass die Visa zwischen Russland und der EU nicht

abgeschafft wurden und dass Hindernisse für die Wirtschaftsbeziehungen, wie beispielsweise das 3. Energiepaket der EU, das „auf die Schaffung von Problemen für Gazprom ausgelegt ist“, aufgebaut wurden. All diese Behinderungen seien von Brüssel ausgegangen, so Lawrow.

„Noch immer Geisel der Ukrainekrise“

Es sei auch ein Fehler der EU gewesen, die postsowjetischen Staaten vor die Wahl zu stellen: „entweder mit uns oder gegen uns“, so Lawrow weiter. „Der Gipfel war dann die Unterstützung des verfassungswidrigen Staatsstreiches in der Ukraine durch einige europäische Staaten.“

Lawrow äußerte sein Bedauern darüber, dass die europäisch-russischen Beziehungen „noch immer Geisel der Ukrainekrise“ sind.

In Bezug auf die Ukrainekrise warf Lawrow Kiew vor, die Minsker Vereinbarungen nicht zu erfüllen.

Es ging Lawrow im Adlon darum, Russlands außenpolitische Agenda der deutschen Öffentlichkeit vorzustellen. Hauptthema seines Vortrages waren „Integrationsprozesse im Eurasischen Raum“. Die ohnehin schon engen wirtschaftlichen und kulturellen Interaktionen Russlands mit der EU sollten intensiviert werden. Angesichts der wirtschaftlichen Drohungen der USA auch gegenüber Europa könnte der Zeitpunkt gut sein, enger zusammenzurücken, sich wirtschaftlich gegenseitig zu stärken und dem Sanktionsregime Washingtons zu trotzen.

USA haben keinen Schaden durch die Sanktionen

Zu den Sanktionen erklärte Lawrow: „Es war erstaunlich, wie eifertig man sich in der Europäischen Union unter direktem Diktat aus Übersee entschieden hat, die bewährte Zusammenarbeit mit Russland zu ruinieren. Man hat freiwillig milliardenschwere Verluste eingesteckt wegen der Sanktionen. Paradoxerweise haben die Amerikaner durch die Sanktionen keinen Schaden davongetragen.“

Renovierung des Europäischen Hauses

Lawrow regte in Bezug auf das Hauptthema seines Vortrages an, dass die EU sich doch „ernsthaft damit auseinandersetzen sollte, welche Vorteile es der EU bringen würde, ein grundsätzlich neues Wirtschaftsmodell mit Eurasien zu entwickeln.“ Der russische Außenminister verwies in diesem Zusammenhang auf die Anbindung an die chinesische Seidenstraßen-Initiative, die nur über Russland zu verwirklichen sei. „Dann würden die Ideen eines gemeinsamen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok in die Tat umgesetzt werden“, so Lawrow. Der Außenminister zeigte sich erfreut darüber, dass Ideen über so einen Wirtschaftsraum auch in den Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung aufgenommen wurden.

„Ich glaube, wir sollten eine Renovierung des Europäischen Hauses anpacken, bei der den Interessen aller Staaten Rechnung getragen wird“, ergänzte Lawrow.

Idlib - letztes Bollwerk der Terroristen

In Bezug auf Syrien wies der russische Außenminister darauf hin, dass Russland nicht die einzige ausländische Kraft in Syrien sei. „Dort gibt es auch Länder, die nicht dorthin eingeladen wurden. Ihre Präsenz dort ist rechtswidrig“, sagte Lawrow. Trotzdem gebe sich Russland pragmatisch und halte die Kommunikationskanäle mit allen beteiligten Ländern offen, um Schlimmeres zu verhindern.

Der russische Außenminister ging auch auf mögliche Giftgasangriffe ein und erklärte, dass Russland fast täglich Beweise dafür liefere, dass solche Provokationen vorbereitet und auch mit Hilfe der Weißhelme inszeniert werden. Im Westen werden diese Warnungen und Beweise jedoch ignoriert.

„Wenn jemand erklärt, dass die syrische Regierung sehr bald chemische Waffen einsetzt, und dann Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten dafür einen verheerenden Schlag gegen das 'Regime' ausführen werden, dann ist es in der Tat wie eine Einladung an Extremisten, erneut eine Fälschung zu inszenieren, wie sie es bereits in Ost-Ghuta getan haben. Dann wird nämlich ein Militärschlag gegen die syrische Regierung ausgelöst“, sagte

Lawrow auf dem Deutsch-Russischen Forum.

Die Region Idlib bezeichnete der Außenminister als „letztes Bollwerk der Terroristen“. Es sei eine beliebte Taktik der Terroristen, Zivilisten als Schutzschild zu benutzen, so Lawrow. Die Türkei habe versprochen, mit den oppositionellen Gruppen, zu denen sie Kontakt hätten und die gesprächsbereit seien, in Verhandlungen zu treten und sie von den Terroristen zu separieren. Auch würden wie bei allen Einsätzen Russlands zuvor in Syrien natürliche humanitäre Korridore für die Zivilbevölkerung geschaffen werden, so Lawrow.

"Wir werden nicht wie die westlichen Kräfte in Rakka und Mossul vorgehen, wo den Rebellen keine Waffenruhe angeboten wurde und es später Leichenberge auf den Straßen gab", ergänzte der Außenminister.

Im Adlon hatte sich viel Prominenz zur Rede des russischen Außenministers versammelt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU) war ebenso anwesend wie viele Abgeordnete der Linkspartei, ehemalige deutsche Botschafter in Russland, der Sicherheitsberater Helmut Kohls Horst Teltschik und die Russland-Expertin Gabriele Krone-Schmalz. Nach seinem Vortrag ließ Lawrow seinen deutschen Amtskollegen Maas noch etwas warten im Auswärtigen Amt, um einige Fragen der anwesenden Gäste und Journalisten zu beantworten.

Nach dem Gespräch der beiden Außenminister wird es eine Pressekonferenz geben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32231/60/322316071.jpg>

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR:

Das Kommando der OOS hat ein weiteres Verbrechen gegenüber der friedlichen Bevölkerung begangen. Heute um 13:55 Uhr haben die ukrainischen Strafruppen von den Positionen der 28. mechanisierten Brigade aus das Feuer mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern auf **Staromichajlowka** eröffnet. Dabei wurden sieben Wohnhäuser in der Tschkalow-, der Schewtschenko- und der Molodjoshnaja-Straße beschädigt.

In dem genannten Bezirk wurde eine **Aktivierung des Einsatzes von Drohnen des Gegners** bemerkt. Die diensthabende Schicht der Luftabwehrkräfte der Volksmiliz der DVR hat Flüge von drei Drohnen des Gegners festgestellt.

Diese Tatsache zeugt ein weiteres Mal von der Absicht des verbrecherischen ukrainischen Kommandos, die Lage zu verschärfen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, Maßnahmen gegen die aggressiven Absichten des Gegners zu ergreifen.

rusvesna.su: Turtschinow sprach über die tausendjährige Geschichte der ukrainischen Marine. Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksandr Turtschinow, hat eine "historische Entdeckung" gemacht und festgestellt, dass die Geschichte

der ukrainischen Marine mehr als tausend Jahre umfasst.

"Die Ukraine hat eine lange maritime Tradition, deren Geschichte mit dem Feldzug des Kiewer Fürsten Oleg nach Byzanz im Jahr 911 beginnt, wo er seinen Schild als Zeichen des Sieges vor den Toren des damaligen Zargrads festnagelte", sagte er bei der Abschlusszeremonie des ersten ukrainischen Landungsbootes. Zentaur".

"Das heißt, wir können sagen, dass die Geschichte der ukrainischen Seestreitkräfte mehr als eintausend Jahre umfasst", stellte Turtschinow selbstbewusst fest, ungeachtet dessen, dass der Staat der Ukraine seit etwas mehr als einem Vierteljahrhundert existiert.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/flot_ukrainy_greblya_lodka_vesla.jpg

de.sputniknews.com: Ukraine und EU unterzeichnen neues Finanzhilfeprogramm in Milliardenhöhe.

Die Ukraine und die EU haben das vierte Finanzhilfe Programm in Höhe einer Milliarde Euro unterzeichnet. Ukrainische TV-Sender übertrugen die Unterzeichnungszeremonie live.

„Wir haben eben eine Absichtserklärung und den Darlehensvertrag zwischen der Ukraine und der EU über das vierte Programm der EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine unterzeichnet“, erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko.

Die Vereinbarung sei das Endergebnis der früheren politischen Absprachen Poroschenkos mit dem Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker, verlautbarte der ukrainische Staatschef und fügte hinzu, die EU stelle seit 2014 Makrofinanzhilfe an die Ukraine bereit. Ein ähnliches Programm mit einem Finanzierungsvolumen von 1,8 Milliarden Euro wurde 2015 für die Ukraine genehmigt. Von diesem Betrag erhielt das Land 1,2 Milliarden Euro im Gegenzug für die Durchführung von Reformen.

Allerdings bekam Kiew die letzte Tranche nicht, da die ukrainischen Behörden eine Reihe von Bedingungen, einschließlich im Bereich der Anti-Korruption-Reformen, nicht erfüllt haben sollen. Damals wies die Europäische Kommission darauf hin, dass der Kampf gegen Korruption eine Bedingung für die Zuteilung eines neuen Finanzhilfepaketes sei.

abends:

de.sputniknews.com: Kommt Totalverzicht auf Dollar? Russlands Parlament nimmt Stellung: Der Vorsitzende des Finanzausschusses der Staatsduma (Russisches Parlamentsunterhaus) Anatoli Aksakow hat den vom Chef der größten russischen Außenhandelsbank VTB, Andrej

Kostin, vorgelegten Plan zum Verzicht auf Dollar gegenüber Sputnik kommentiert. In einem Interview mit der russischen Zeitung „Iswestija“ stellte Kostin einen Plan zur „Dedollarisierung“ vor, der mehrere Schritte in verschiedenen Bereichen umfasst. Demzufolge soll der Übergang zu Verrechnungen bei Export- und Importoperationen in anderen Währungen, darunter Euro, Yuan und Rubel, beschleunigt werden. Zweitens sollen laut Kostin die größten russischen Unternehmen in Russland umregistriert werden. Zum dritten Punkt gehört die Entwicklung eines russischen Clearinghauses für die Verwaltung von Eurobonds. Viertens sollen alle Teilnehmer des Aktienmarktes lizenziert werden, sodass alle nach einheitlichen Regeln arbeiten würden. „Ich denke, diese Vorschläge sind vernünftig. Sie sind nicht auf die Rettung des Bankensystems, sondern auf die Verwirklichung der Maßnahmen gerichtet, die unser System unabhängig von einem äußeren Einfluss machen werden“, sagte Aksakow. Die Finanzprozesse sollen demnach von „äußeren Entscheidungen unabhängig gemacht“ werden. „Alle verstehen, dass die Verrechnungen in Dollar für unsere Exportwaren ein Risiko bedeuten, darunter auch für die Exporteure“. Unter den derzeitigen Verhältnissen werde der Verzicht auf den Dollar schneller vollzogen. Die Situation werde sich im Laufe von drei bis fünf Jahren drastisch ändern. „Dazu noch erwarten wir nicht, dass die Sanktionen in der nächsten Zukunft aufgehoben werden. Am wahrscheinlichsten werden sie weiter verschärft“, so der Abgeordnete. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich wegen der dramatischen Situation in der Ukraine verschlechtert. Die westlichen Länder verhängten etliche Sanktionen gegen Russland, woraufhin Moskau Gegenmaßnahmen eingeleitet hat. Es erklärte zudem, dass die Sprache der Sanktionen kontraproduktiv sei.

de.sputniknews.com: Nun hängt Russland von ukrainischen Triebwerken nicht mehr ab – Rüstungsvizepremier

Russland hat die ukrainischen Bestandteile für Militärtechnik vollständig mit im Inland erzeugten Analoga ersetzt, wie der russische Vizepremier für Rüstung Juri Borissow am Freitag verlautbarte.

„Das Problem der Abhängigkeit von Lieferungen aus der Ukraine wurde endgültig geklärt. Alle Schmerzpunkte, die im Jahr 2014 tatsächlich zu spüren waren, sind jetzt überwunden“, erläuterte Borissow.

Der Vizepremier erinnerte daran, dass Moskau hauptsächlich von der Lieferung der Hubschrauber-Triebwerke der ukrainischen Firma „Motor Sitsch“ sowie von Turbinenanlagen und Getrieben für Korvetten und Fregatten abhängig gewesen sei. Die russischen Konzerne „Saturn“ und „ODK-Klimow“ hätten dieses Problem gelöst.

„Zurzeit werden Tests sowie die Zertifizierung dieses Techniktyps abgeschlossen. Von jetzt an erfolgen Lieferungen von Triebwerken russischer Herstellung“, verkündete Borissow.

Früher hatte Kiew auch verschiedene Elektronik für russische Militärausrüstung hergestellt. Diese Lieferungen seien allerdings nicht von „entscheidender Bedeutung“, so Borissow.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32231/99/322319993.jpg>

de.sputniknews.com: „Illegitim“: Moskau zu US-Forderungen nach Chemiewaffeninspektionen in Russland

Das russische Außenministerium hat auf die Forderungen der USA von Inspektionen in den Unternehmen der chemischen Industrie Russlands reagiert. Eine entsprechende Mitteilung der Sprecherin Maria Sacharowa ist auf der Webseite der Behörde veröffentlicht worden.

Zuvor hatte die Beraterin des US-Außenministers Manisha Singh bekannt gegeben, Washington könnte kein weiteres „sehr hartes“ Sanktionspaket gegen Russland wegen der Causa Skripal verhängen, falls Moskau Inspektionen in seinen chemischen Objekten erlauben würde.

Moskau beabsichtige „selbstverständlich“ nicht, auf der Grundlage des jeweiligen internen US-Gesetzes „illegitime und ultimative“ Forderungen von Washington nach zusätzlichen Inspektionen auf dem russischen Territorium einseitig zu erfüllen, die weit über die Grenzen der Chemiewaffenkonvention hinausgehen, so Sacharowa.

Sie verwies darauf, dass Russland seine Bestände an chemischen Waffen im September 2017 unter strenger internationaler Kontrolle vernichtet habe und alle Vorschriften der Chemiewaffenkonvention einhalte. So sei die Prüfungstätigkeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in Russland nie gestoppt worden und werde auch heutzutage fortgesetzt, betonte Sacharowa. Von Januar bis August 2018 habe die OPCW russische Objekte der chemischen Industrie bereits viermal inspiziert. In den zurückliegenden beiden Jahren habe die Organisation vier russische Rüstungskonversionsbetriebe geprüft - in Kürze solle auch der letzte, fünfte Betrieb inspiziert werden.

Zudem forderte Sacharowa die USA dazu auf, ihr eigenes Chemiewaffen-Arsenal zu vernichten:

„Es ist nicht zu vergessen, dass Washington sich seinerzeit am meisten dafür einsetzte, dass in der Chemiewaffenkonvention eine konkrete Frist in dieser Hinsicht angegeben wird, und nämlich April 2007. Nun schreiben wir das Jahr 2018, und die USA haben ihre sehr beachtlichen Bestände an Giftstoffen noch nicht vernichtet“.

Die neuen US-Sanktionen gegen Russland waren am 27. August in Kraft getreten. Anlass dafür war der angebliche Nervengas-Anschlag auf den ehemaligen russischen Geheimdienstoffizier und Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury.